

Pressemitteilung

Verband Deutscher Biologen und biowissenschaftlicher Fachgesellschaften e.V.

Dr. Georg Kääh

04.02.2004

<http://idw-online.de/de/news75452>

Forschungsprojekte, Wissenschaftspolitik
Biologie, Chemie, Ernährung / Gesundheit / Pflege, Informationstechnik, Medizin, Politik, Recht, Wirtschaft
überregional

"Bürokratisch, einseitig und innovationsfeindlich"

Gesellschaft für Genetik und Verband Deutscher Biologen - vdbiol zur Novelle des Gentechnikgesetzes

"Die Novelle des Gentechnikgesetzes ist bürokratisch, einseitig und innovationsfeindlich", kritisieren die Professoren Rudi Balling und Hans-Jörg Jacobsen. Balling ist Präsident der Gesellschaft für Genetik (GfG) und wissenschaftlicher Geschäftsführer der Gesellschaft für Biotechnologische Forschung (GBF) in Braunschweig, Jacobsen ist Präsident des Verbandes deutscher Biologen (vdbiol) und Professor an der Universität Hannover. "Grundsätzlich ist es sinnvoll, endlich die europäische Richtlinie zur Freisetzung gentechnisch veränderter Organismen in deutsches Recht umzusetzen. Hier werden aus meiner Sicht jedoch Vorgaben ohne triftigen Grund verschärft. Mit Innovationsoffensive hat das nichts zu tun", sagt Balling.

Bürokratisch

"Die deutsche Forschung leidet bereits an zuviel Bürokratie. Viele unserer besten Wissenschaftler haben kaum noch Zeit für Forschung, sie schreiben Anträge und Berichte oder erstellen detaillierte Projektabrechnungen, die wiederum intensiv bis zur Briefmarke geprüft werden", meint Balling. Für ihn führe die Gesetzesnovelle nicht zu Verfahrenserleichterungen oder höherer Sicherheit, sondern nur zu neuen bürokratischen Hürden. "Zudem werden neue, zusätzliche Kontrollinstanzen geschaffen wie das Bundesamt für Naturschutz oder ein separater Ausschuss für Freisetzungen und Inverkehrbringen. Das erzeugt zusätzliche Kosten und verzögert Forschung und Entwicklung."

Einseitig

Die europäische Richtlinie definiert ein Nebeneinander von 'Gentechnik verwendender Landwirtschaft' mit 'konventioneller' und 'ökologischer Landwirtschaft'. "Das Gesetz geht jedoch nur auf vermutete Gefahren ein und die Chancen durch Erkenntnisgewinn in der Forschung und bessere Produkte bleiben unberücksichtigt", kritisiert Jacobsen. "Man könnte fast denken, dass dieses Gesetz grüne Gentechnik in Deutschland verhindern soll. In der Praxis würde das durch die zusätzlichen Auflagen vermutlich auch so kommen." Dafür spreche auch die kurze Äußerungsfrist von 14 Tagen, in der eine konstruktive Kritik und Dialog kaum zu leisten sei.

Innovationsfeindlich

Jacobsen weiter: "Das Gesetz schränkt die Freiheit der Forschung massiv ein, denn die Bedingungen von Freisetzungen zu wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Zwecken werden gleichgestellt. Das gilt für die Voraussetzungen ebenso wie für die Rechtsfolgen, zum Beispiel der Haftung. Durch die hohen Auflagen werden auch die Chancen einer wirtschaftlichen Umsetzung von Ergebnissen deutlich verringert. Deutschland verabschiedet sich damit aus diesem zukunftsorientierten Wirtschaftszweig mit großem Markt- und Arbeitsplatzpotenzial. Als besonders ärgerlich empfindet Jacobsen, dass nun die Gefahr drohe, dass Schlüsselpositionen nicht ausgewogen besetzt würden. "So werden über viele Jahre Entscheidungsprozesse beeinflusst. Wie man so eine Innovationsoffensive starten will, bleibt mir schleierhaft", sagt Jacobsen. "Wenn sich diese Linie durchsetzt, kann man der deutschen Wissenschaft nur empfehlen, sich ausländische Partner zu suchen um eine Verwertung ihrer Forschungsergebnisse sicher zu stellen."

URL zur Pressemitteilung: <http://www.vdbiol.de>

URL zur Pressemitteilung: <http://www.uni-giessen.de/gfg/>

D